

Rede in der Plenardebatte des Düsseldorfer Landtags vom 26. Juni 2002 als Stellungnahme auf die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 9 der Fraktion der SPD "Leben im Alter"

Angelika Gemkow (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen eine moderne Seniorenpolitik mit Herz machen. Seniorenpolitik ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für alle Politikbereiche in unserem Land. Wir brauchen dringend in Nordrhein-Westfalen ein Leitbild "Alter, Pflege, Menschenwürde".

Die vier Millionen Menschen in NRW über 60 Jahre sollen sich in Nordrhein-Westfalen wohl fühlen, hier gerne leben und alt werden. Menschenwürdig alt werden, menschenwürdig pflegen und menschenwürdig sterben - das sind für die CDU wichtige Ziele einer christlichen und sozialen Politik.

In 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung verdoppelt. Es ist schön, dass die Menschen immer älter werden. Begriffe wie Überalterung oder Vergreisung sind jedoch gefährlich. Denn Alter ist keine Bedrohung für die Zukunft. Schlimm ist allerdings die geringe Geburtenrate, denn dadurch gibt es weniger junge Menschen in unserem Land.

So wie die Lebenssituation älterer Menschen unterschiedlich ist, so unterschiedlich müssen auch die heutigen und künftigen Rahmenbedingungen für eine moderne Seniorenpolitik in NRW sein. Ohne den Einsatz und die vielen Aktivitäten der älteren Generation wäre unsere Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen leer und unsozial. Ältere Menschen verfügen über einen reichen Schatz an Erfahrungen. Diese Lebenserfahrung muss sich die Gesellschaft auch weiterhin dringend zunutze machen.

Ältere Menschen sind verankert im Ehrenamt, in Vereinen, in Initiativen. Sie zeigen Engagement für den Nächsten. Sie kümmern sich besonders liebevoll um Enkelkinder und spenden für Bedürftige. Sie sind mobil, aktiv, engagiert und in der Regel finanziell unabhängig. Sie bedürfen aber unserer besonderen Hilfe und Unterstützung bei Pflege und materieller Armut.

Wir wollen und wir unterstützen seitens der Landtagsfraktion eine Gesellschaft für alle Lebensalter, eine Politik, die jung und alt zusammenführt, die Begegnungen fördert, Selbsthilfe und Teilhabe unterstützt. Eine familiäre und soziale Gesellschaft braucht das persönliche Engagement unserer Bürger. Darum meinen wir: Das Ehrenamt hat Zukunft. Die Kultur des Helfens muss von ihrem gesellschaftlichen Stellenwert her viel mehr Bedeutung finden. Der Stellenwert der Seniorenpolitik muss in der Debatte - auch in unserer politischen Debatte - deutlich größer werden, eine wichtige Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und die Landespolitik, für Verbände und Institutionen.

"Man ist so alt, wie man sich fühlt", ist ein häufig gebrachter Slogan. Er zeigt aber auch, dass Alter nicht vergleichbar ist. Altersgrenzen sind nur Merkposten. Sie dürfen nicht ausgrenzen. Auf keinen Fall dürfen sie als Diskriminierung dienen. "Oma" und "Opa", "Silberlocke", "Muttmchen" und "Tantchen" sind Begriffe, gegen die schärfstens protestiert werden muss.

Es ist schon ein Unterschied, ob Menschen allein stehend, geschieden oder verheiratet sind, ob der Partner gesund oder krank ist, ob chronische oder lebensbedrohliche Krankheiten zu meistern sind, ob gute Kontakte zu Kindern und Freunden und sozialen Netzen bestehen und ob man im Alter einsam und isoliert, vielleicht auch manchmal verbittert ist. Darum ist die Akzeptanz des eigenen Alters und des eigenen Älterwerdens für ein zufriedenes Alter so wichtig.

Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, ist genauso wichtig wie die Pflege persönlicher Kontakte nach dem Arbeitsleben oder der Familienarbeit. Wichtig ist die Teilhabe an der Gesellschaft, die finanzielle und öffentliche Sicherheit, die gesundheitliche Versorgung, die Öffnung der Sportvereine mit neuen Angeboten, die Bildung und Weiterbildung und die politische Mitwirkung z. B. in vielen direkt gewählten Seniorenräten.

Angesichts unserer demographischen Revolution und der fehlenden jungen Menschen brauchen wir dringender denn je eine zukunftsorientierte Politik für NRW für unsere älteren Menschen, eine Landespolitik, die Verantwortung nicht nur an andere delegiert.

Diese Politik muss die pflegerische Versorgung, die Begegnung von Jung und Alt, die Bewahrung gewachsener und die Schaffung neuer sozialer Strukturen zum Ziel haben. Eine neu ausgerichtete Seniorenpolitik muss im Blick haben, dass Menschen in Nordrhein-Westfalen menschenwürdig alt werden können, muss die Selbstständigkeit fördern und das Selbstbewusstsein älterer Menschen unterstützen. Dabei gewinnt das Thema Wohnen im Alter zunehmend an Bedeutung und hat Priorität.

Wohnen im Alter ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Soziales, Planung, Verkehr, Kultur und Freizeit sind Politik- und Gesellschaftsbereiche im Land und in unseren Gemeinden, die hierfür gut zusammenarbeiten müssen. Es muss überall selbstverständlich sein, dass alle Wohnungen senioren- und behindertengerecht gebaut und umgebaut werden. Die Menschen wollen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Gute Wohnbedingungen und ein gutes Wohnumfeld sind ganz entscheidende Merkmale, die sich unmittelbar auf die Gesundheit, die Lebensqualität und die gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen auswirken. Es ist also ein Thema mit absoluter Priorität.

Die Landesregierung hat nun ihren Bericht "Leben im Alter" vorgelegt.

Dieser Bericht analysiert, skizziert, beschreibt und moderiert. Das ist meines Erachtens in Ordnung. Dieser Bericht wird wegen seiner Unverbindlichkeit aber nicht in die Geschichte parlamentarischer Arbeit eingehen.

Kritisch zu sehen ist Ihr hoher politischer Anspruch an eine gute Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie versprechen vollmundig - ich darf aus dem Bericht zitieren - ein "zukunftsorientiertes, verbindliches Konzept". Sie formulieren aber keine Handlungsoptionen für eine zukünftige Seniorenpolitik, für die Sie als Landesregierung die Verantwortung übernehmen und auch finanzielle Mittel einsetzen müssen.

Unseres Erachtens ist die rot-grüne Seniorenpolitik ein Etikettenschwindel. Symbole machen keine Politik aus. Sie schmücken sich mit fremden Federn. Das meiste, was die Landesregierung hier positiv beschreibt, wird durch die Gesellschaft geleistet, durch die vielen aktiven Menschen, Organisationen, Vereine und Gruppen. Denen gilt unser besonderer Dank.

Es reicht 2002 nicht aus, Modelle anzufinanzieren, Hochglanzbroschüren mit Ministerbildern zu drucken, Ministerbesuche im ganzen Land durchzuführen und eine gute - das räume ich allerdings ein - Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Ihnen als Landesregierung fehlt das Leitbild für eine moderne Seniorenpolitik. Sie übernehmen keine finanzielle Verantwortung mehr. Sie haben die Haushaltsmittel in den letzten Jahren besonders stark für pflegebedürftige Senioren zusammengestrichen. Im Ministerium, Frau Fischer, waren es ehemals 16 Millionen Euro, jetzt sind es noch knapp 4,5 Millionen Euro. Hunderte von Millionen sind im Schartau-Ministerium gestrichen worden, allein 250 Millionen DM pro Jahr für dringend benötigte Pflegeplätze.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist wahr!)

Wegen der Kürze der Zeit nur einige Beispiele, wo Sie als Landesregierung Seniorenpolitik konterkarieren, behindern oder gar verhindern. Seniorenpolitik gehört nach Auffassung der CDU-Fraktion in eine Hand, in ein Ministerium. Es ist ein absolutes Unding, das wichtige Aufgabenfeld "Senioren" in zwei Ministerien anzusiedeln. Außer der Landesregierung versteht das sowieso niemand im Land. Der einzige sinnvolle Grund scheint zu sein, Verantwortung hin- und herzuschieben.

Im vorliegenden Bericht "Leben im Alter" formulieren Sie, dass die Landesregierung rechtzeitig von der auf Fürsorge setzenden Politik auf eine aktivierende Sozialpolitik im Seniorenbereich umgestiegen sei. Mit der Aufgabe der Fürsorge wurden mehrere Hundert Millionen DM an finanziellen Kürzungen für Pflegebedürftige und Hilfsbedürftige vorgenommen. Das ist unsozial, unfair und ungerecht. Sie haben notwendige Mittel für die dringend benötigten neuen Pflegeplätze gekürzt. Sie haben Modernisierungsmittel für sanierungsbedürftige Pflegeheime gekürzt, obwohl wir in Nordrhein-Westfalen einen Investitionsstau von 4,5 Milliarden Euro haben. Sie haben die Mittel für die Hauswirtschaftsdienste gekürzt. Sie haben die Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege gekürzt. Sie haben die Mittel für neue Wohnformen gekürzt. Und Sie wollen und werden die Mittel für Altenerholungsmaßnahmen kürzen.

(Ministerin Birgit Fischer: Ach, woher wissen Sie das denn?)

Die Kürzungspläne der Landesregierung für das Jahr 2003 werden weitere harte Einschnitte bringen.

Unsicherheit und Unklarheit gibt es auch beim künftigen Landespflegegesetz. Sie planen, keine öffentliche Förderung der Investitionen in diesem Bereich mehr vorzusehen. Die Sozialpolitik wird in Nordrhein-Westfalen privatisiert. Sie wird dem Markt überlassen. Die Landschaftsverbände reagieren aktuell durch eine Vorlage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe im Sozialausschuss mit einer Haushaltssperre. Da wird argumentiert, dass unklar ist, wie die Investitionskostenförderung künftig aussieht. 59 Millionen Euro für dringend benötigte Pflegeheimplätze, die dieses Jahr anfinanziert werden sollten, werden gesperrt.

Kein Geld mehr im Landeshaushalt für unsere 465.000 pflegebedürftigen Menschen in Nordrhein-Westfalen! Die soziale und finanzielle Verantwortung wird an die Angehörigen, an Pflegekräfte, Verbände, Institutionen und Kommunen delegiert, und das bei steigenden Zahlen der Pflegebedürftigen.

Sie nehmen die Seniorenpolitik nicht ernst. Wirklich wichtige politische Fragen wie der Fachkräftemangel in der Pflege werden mit der Kürzung der Zahl an Altenpflegeausbildungsplätzen beantwortet. Fachleute reden schon von einem Pflegenotstand in Nordrhein-Westfalen. Das ist wirklich das Ende einer rot-grünen Fürsorgepolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mobile, selbstbewusste und eigenverantwortliche Bürger, um Pflege zu verhindern oder hinauszuschieben. Unser Antrag im Plenum, eine Enquetekommission "Situation und Zukunft der Pflege in NRW" zu bilden, ist unsere Antwort auf wichtige Zukunftsfragen unseres Landes. Mit viel Engagement und Offenheit müssen das Thema "Pflege in NRW" diskutiert und Handlungsfelder benannt werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Zum Kapitel "Studierende in Weiterbildungsangeboten der Hochschule" schreiben Sie den nichtssagenden Satz, ältere Menschen seien an Hochschulen selten als Haupt- oder Nebenhörer, dafür aber zu gut einem Drittel als Gasthörer vertreten. Das ist alles; mehr fällt Ihnen nicht ein. Aktuell betreiben Sie das Aus der Seniorenstudiengänge in Nordrhein-Westfalen; wir haben viele Zuschriften dazu erhalten. Sie streichen damit die Teilhabe von Senioren am allgemeinen gesellschaftlichen Leben, die durch eine gute Bildungs- und Weiterbildungspolitik präsentiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben im Grunde überhaupt keine Ahnung von Seniorenstudiengängen, sonst würden Sie nicht eine Verbindung zu Langzeitstudenten ziehen. Bildung durch Kreuzworträtsel - das scheint die neue Politik der Landesregierung zu sein.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist doch kompletter Blödsinn!)

Sie reden überall - auch an diesem Punkt - von so genannten reichen Senioren, die ordentlich bezahlen sollen. Das ist Politik aus der sozialistischen Mottenkiste. Arm dran ist auch der, der nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Wir wollen eine Gesellschaft für jedes Lebensalter. Die CDU-Landtagsfraktion will eine Politik, die sich den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft mit Engagement, Kraft und Verantwortung stellt. Wir möchten denen danken, die aktiv für viele Senioren tätig sind. Das sind in Nordrhein-Westfalen sehr viele Menschen, Verbände und Institutionen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Gemkow. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Dr. Pavlik das Wort. Bitte schön.